

## **Das Konnexitätsprinzip lernt laufen**

### **1. Einleitung**

#### **1.1 Rahmenbedingungen**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Entwicklung der Finanzsituation der Kommunen in den letzten Jahren gleicht einer Achterbahnfahrt. Nach den guten Jahren 2006 bis 2008 hat die Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 einen tiefen Einbruch gebracht. Die Prognosen für 2010 und die Folgejahre waren verheerend.

Der überraschend starke Wirtschaftsaufschwung und die damit verbundenen Steuermehreinnahmen haben entgegen allen Erwartungen zu einer deutlichen Entspannung der finanziellen Verhältnisse im vergangenen und im laufenden Jahr geführt.

Mittlerweile trüben sich die Aussichten schon wieder ein. Eurokrise, Schuldenkrise, Finanzkrise –Stichworte die beunruhigen. Viele Experten gehen davon aus, dass es nur

eine Frage der Zeit ist, bis die Auswirkungen die Realwirtschaft erreichen. Die Bundesregierung hat die Wachstumsprognosen für 2012 bereits von 1,8 Prozent auf 1,0 Prozent korrigiert. Bestätigt sich diese Einschätzung, werden die kommunalen Haushalte spätestens 2013 die Auswirkungen zu spüren bekommen.

## **1.2 Entwicklung der städtischen Finanzen**

Auch unsere Haushalte haben über die Jahre hinweg diese Achterbahnfahrt mitgemacht. Konnten wir 2006 bis 2008 noch eine jahresdurchschnittliche Netto-Investitionsrate von rd. 4,9 Millionen Euro erreichen, kam dann 2009 ein regelrechter Absturz. Im Nachtragshaushalt konnten wir gerade mal eine Zuführung von 750.000 Euro ausweisen. Man darf heute noch darüber staunen, dass wir dieses deftige Krisenjahr überstanden haben mit einer Rücklageentnahme – also einen Griff in unsere Reserven von „nur“ 4,8 Millionen Euro.

Die Planungsphasen 2010 und 2011 waren auch bei uns bestimmt durch die schlechten Wirtschaftsprognosen und die daraus abgeleiteten Steuerschätzungen. Ich erinnere daran, dass wir bei der Erarbeitung des Verwaltungsentwurfs für 2010 gestartet sind mit einer Unterdeckung im Verwaltungshaushalt von über 5,0 Millionen Euro, für 2011

von 7,3 Millionen Euro- bis dahin noch nicht dagewesene Werte.

Wir haben uns selbst geholfen und uns wurde geholfen. Mit den Beschlüssen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung, insbesondere den Anpassungen der Hebesätze bei der Gewerbesteuer und der Grundsteuer, haben wir die unabdingbar notwendige Stärkung unserer Eigenmittelfinanzierungsmöglichkeiten auf den Weg gebracht, das für alle Beteiligten überraschend gute Wirtschaftswachstum hat die Steuereinnahmen beflügelt.

Deutliche Verbesserungen vor allem bei den Zuweisungen im Finanzausgleich und der Einkommensteuerbeteiligung haben mit über 3,0 Millionen Euro einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, 2010 einen Überschuss von 5,8 Millionen Euro zu erreichen. Auch für 2011 zeichnet sich ab, dass wir über dem Planergebnis liegen werden. Nach heutiger Einschätzung werden wir die vorgesehene Rücklagenentnahme von 2,0 Millionen Euro nicht benötigen, so dass diese Mittel bei den weiteren Planungen berücksichtigt werden können.

## **2. Haushaltsentwurf 2012**

### **2.1 Verwaltungshaushalt**

Ich komme nun zu dem Ihnen heute vorgelegten Haushaltsentwurf 2012 mit dem besonderen Hinweis auf die beigefügte Änderungsliste.

Aus dieser Änderungsliste wird ersichtlich, welche guten Nachrichten wir in den letzten Tagen für die Haushaltsgestaltung erhalten haben.

Die November-Steuerschätzung mit den daraus abgeleiteten Orientierungsdaten hat die allgemein erwartete Verbesserung bestätigt. Im Vergleich zur Mai-Steuerschätzung können wir Mehreinnahmen von nahezu 900.000 Euro veranschlagen. Hier spiegelt sich die gute gesamtwirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik wieder.

Mit besonderer Freude darf ich auf die weiteren Positionen der Änderungsliste verweisen. Vor wenigen Tagen konnten die Verhandlungen zwischen der neuen Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden zum Pakt für Familien mit Kindern mit einem für die Städte und Gemeinden guten Ergebnis abgeschlossen werden. Zur Förderung der Kleinkindbetreuung werden 2012 die pauschalen Zuweisungen des Landes um 315,0 Millionen Euro auf 444,0 Millionen Euro erhöht.

2013 soll ein Betrag von 477,0 Millionen Euro bereitgestellt werden. Ab 2014 trägt das Land nach Abzug einer Beteiligung der Eltern und der Einrichtungsträger von insgesamt 32 Prozent einen prozentualen Anteil an den Betriebskosten.

Für 2012 bedeutet dieses Ergebnis für unseren Haushalt Mehrzuweisungen von annähernd 1,6 Millionen Euro.

Die Landesregierung hat die Geltung des Konnexitätsprinzips für diesen Bereich anerkannt. Damit hat sie einer langjährigen Forderung der kommunalen Seite Rechnung getragen. Wir haben, zuletzt mit einer Presseinformation in Februar dieses Jahres, nachdrücklich an die ehemalige Landesregierung appelliert, endlich ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber den Städten und Gemeinden nachzukommen und sich angemessen an den Kosten für die zusätzlich übertragenen Aufgaben in der Kinderbetreuung zu beteiligen. Es darf nun festgestellt werden, die Parteien der Regierungskoalition sind ihrem Wahlversprechen in diesem Punkt treu geblieben.

Lassen Sie mich es auf den Punkt bringen:

Das Konnexitätsprinzip hat laufen gelernt.

Ein kleiner Wermutstropfen: Es hat spät laufen gelernt. Die gleiche Regelung zwei Jahre früher hätte uns manche Sorgen ersparen und unsere Vorsorgebemühungen für die Landesgartenschau erleichtern können.

Unter Berücksichtigung dieser Mehreinnahmen können wir bei einem Gewerbesteueransatz von 17,0 Millionen Euro im Verwaltungsentwurf eine Zuführung an den Vermögenshaushalt von über 4,3 Millionen Euro ausweisen, das bedeutet eine Netto-Investitionsrate von 2,3 Millionen Euro. In dieser Höhe können wir die veranschlagten Investitionen mit Eigenmitteln finanzieren.

An dieser Stelle möchte ich an unsere Diskussion über die Steueranpassungen erinnern, die wir vor fast genau ein Jahr geführt haben. Ohne die damals mehrheitlich getroffene Entscheidung, die Hebesätze für die Gewerbesteuer und die Grundsteuer A und B auf einheitlich 390 Punkte anzuheben, hätten wir in diesem Entwurf beim Steueraufkommen per Saldo 1,9 Millionen Euro weniger veranschlagen können. Die Eigenmittelfinanzierung hätte dann mal gerade 400.000 Euro betragen.

Es gilt unverändert weiter, dass wir die Ertragskraft unseres Verwaltungshaushaltes im Auge behalten müssen. Generell ist festzustellen, dass in Anbetracht nicht abweisbarer Kostensteigerungen die Abhängigkeit von externen Geldzuflüssen wie die Beteiligung an der Einkommens- und Umsatzsteuer oder die Zuweisungen aus dem Finanzausgleich weiter zu nimmt. Wenn diese Quellen nicht mehr so sprudeln, wie wir das aktuell erleben dürfen, wird der Haushaltsausgleich oder gar die Erwirtschaftung von Eigenmitteln für die Investitionsfinanzierung schnell zum Problem.

Trotz der Hebesatzerhöhung können wir vor allen im Hinblick auf das aktuelle Aufkommen in Höhe von ca. 15,8 Millionen Euro nur einen Gewerbesteueransatz von 17,0 Millionen Euro einstellen. Rückgerechnet auf den früheren Hebesatz entspräche dies einer Einnahmeerwartung von knapp 15,3 Millionen Euro. Gemessen an den Ergebnissen früherer Jahre eine bescheidene Größe.

## **2.2 Vermögenshaushalt**

### **2.2.1 Investive Maßnahmen**

Der Vermögenshaushalt hat ein Gesamtvolumen von über 9,5 Millionen Euro. Eindeutige Schwerpunkte stellen die Landesgartenschau sowie ein weiteres Mal die Investitionen in die Kinderbetreuung dar.

Für die Landesgartenschau stehen 1,95 Millionen Euro als Ansatz sowie 300.000 Euro als Verpflichtungsermächtigung bereit. Die Mittel sind bestimmt für den weiteren Grunderwerb und die Fortführung der Planung. Zusammen mit den 2010 und im laufenden Jahr aufgebrauchten Mitteln sind dann bereits über 3,0 Millionen Euro für die Großveranstaltung finanziert. Es bleibt weiterhin erklärtes Ziel, den Kern der Landesgartenschau ohne neue Schulden zu finanzieren.

Für investive Maßnahmen in die Kinderbetreuung sind knapp 1,5 Millionen Euro veranschlagt. Davon sind für den Umbau der Grundschule Sulz zur Kindertagesstätte mit Ausstattung ca. 620.000 Euro vorgesehen. Der Ersatzbau für die „Arche Noah“ soll mit einer Kostenbeteiligung als Fördermaßnahme mit insgesamt 1,14 Millionen Euro bezuschusst werden. 2012 werden Ausgaben in Höhe von 760.000 Euro erwartet, der Restbetrag von 380.000 Euro ist als Verpflichtungsermächtigung für 2013 veranschlagt. Für den Umbau des Waldorfkindergartens in der Werderstraße sind 91.000 Euro bereitgestellt.

Darüber hinaus sind für den Bauabschnitt Turmstraße/  
Bergstraße zur Fortführung des innerstädtischen  
Tangentenrings 230.000 Euro veranschlagt.

Für Straßenbauprojekte in den Stadtteilen sind insgesamt  
820.000 Euro im Entwurf enthalten.

Davon entfallen auf

- den Endausbau der Erschließung des Baugebietes  
Breitacker Nord in Kippenheimweiler 520.000 Euro
- die Erschließung des Baugebietes Schutthalde in  
Mietersheim 150.000 Euro
- den Ausbau der Weingartenstraße in Sulz 150.000  
Euro

Für den möglichen Erwerb des Flughafens haben wir keine  
Mittel in den Entwurf aufgenommen. Die Gespräche mit der  
BIMA laufen. Beide Seiten legen Wert auf einen zügigen  
Verlauf. Ziel der Verwaltung ist es, in einem Gesamtpaket ein  
aus Sicht der Stadt günstiges und ausgewogenes Ergebnis  
zu erreichen. Die Höhe des Kaufpreisangebotes wird dabei  
abhängig davon sein, wie die maßgeblichen  
Vertragsbedingungen z.B. hinsichtlich der  
Nachzahlungsverpflichtungen und Altlastenregelungen  
vereinbart werden können. Nach dem aktuellen  
Verhandlungsstand kann unter diesem Gesichtspunkt noch  
keine konkrete Zahl festgelegt werden. Sollten wir bis zu den  
Haushaltsberatungen Fortschritte erzielen, werden wir  
entsprechend informieren. Ansonsten müssten wir früh im



kommenden Jahr über einen Nachtragshaushalt beraten, falls es zu einem Abschluss mit einem nachtragsbedürftigen Kaufpreis kommt.

Ebenfalls keine Mittel sind eingestellt für ein größeres, finanziell bedeutsames Entwicklungsprojekt im Zusammenhang mit der Schaffung einer Kinderbetreuungseinrichtung auf dem Rappenareal in der Kernstadt. Wir konnten erst am vergangenen Donnerstag in einer Sitzung des Ältestenrates anhand von groben Kostenschätzungen über das Vorhaben informieren. Die Verwaltung wird die für 2012 relevanten Haushaltsdaten aufbereiten und zu den Beratungen am 5. Dezember einbringen.

### **2.2.2 Finanzierung des Vermögenshaushaltes**

Durch die im Vergleich zum gedruckten Entwurf entstehenden Mehreinnahmen aus der November-Steuerschätzung und der Kostenbeteiligung des Landes an der Kleinkindbetreuung ist es möglich eine Zuführungsrate von 4,3 Millionen Euro auszuweisen. Damit stehen 2,3 Millionen Euro als Netto-Investitionsrate zur Finanzierung der investiven Maßnahmen zur Verfügung.

Der Eigenanteil an den Maßnahmen im Bereich der Kinderbetreuung sollen wie in den vergangenen Jahren schon praktiziert durch eine weitere Rückführung des

gemeindlichen Darlehens aus der Abwasserbeseitigung in Höhe von 1.390.000 Euro gedeckt werden. Danach beträgt das gemeindliche Darlehen noch rund 5,0 Millionen Euro.

Unter Berücksichtigung weiterer Einnahmepositionen müssen wir der Rücklage zum Ausgleich des Vermögenshaushaltes nach den aktuellen Zahlen einen Betrag von rund 200.000 Euro entnehmen. Der einsetzbare Rücklagenbestand beläuft sich danach auf über 6,8 Millionen Euro.

Auch 2012 werden wir keine neuen Schulden eingehen. Die Kreditaufnahme beträgt orientiert an den Tilgungen 2,0 Millionen Euro.

Wäre uns die Größenordnung der Einnahmeverbesserungen aus der November-Steuerschätzung und insbesondere der Zuweisungen des Landes für die Kleinkindbetreuung früher bekannt gewesen, hätten wir alternative Überlegungen über eine planmäßige Entschuldung anstellen können. Sollten wir im Zusammenhang mit den Kaufverhandlungen mit der BIMA einen Nachtragshaushalt aufstellen müssen, werden wir uns auf der Grundlage der dann näher bekannten Zahlen mit dieser Überlegung konkreter befassen und ggfs. mit einem entsprechenden Vorschlag auf Sie zukommen.

### **3. Schlussbemerkungen**

Nach den schwierigen Planungsphasen für 2010 und 2011 können wir die Haushaltsgestaltung für das kommende Jahr etwas entspannter angehen. Aber, auch wenn ein Blick auf den Rücklagenbestand beruhigen kann, muss registriert werden, dass wir mit dem möglichen Erwerb des Flughafens und insbesondere der Landesgartenschau 2018 große Projekte mit einem enormen Finanzierungsbedarf vor uns haben. Eine Rücklage auch in dieser Höhe ist bei diesen Dimensionen schnell aufgezehrt. Deshalb sollte bei den anstehenden Haushaltsberatungen mit Augenmaß gehandelt werden.

Abschließend weise ich noch darauf hin, dass die Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe und die mittelfristige Finanzplanung nicht in dem vorgelegten Entwurf enthalten sind. Wir werden Ihnen die Planwerke mit der Einladung zur Sitzung zukommen lassen.

Ich wünsche uns allen einen guten Verlauf der Haushaltsberatungen.